

## **Substanzielles Protokoll 29. Sitzung des Gemeinderats von Zürich**

Mittwoch, 10. Dezember 2014, 20.30 Uhr bis 23.59 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsidentin Dorothea Frei (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 125 Mitglieder

---

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
4. [2014/280](#) Weisung vom 10.09.2014: FV  
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2015 (Detailbudget und  
Produktgruppen-Globalbudgets)

## Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

## Geschäfte

577. 2014/280  
**Weisung vom 10.09.2014:**  
**Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2015 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets)**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 28, Beschluss-Nr. 577/2014).

Beschlüsse:

### Antrag 019.

Weitere Wortmeldungen:

**Marc Bourgeois (FDP):** Die CVP wurde vor der Sitzungspause unter Druck gesetzt. Der Stadtrat drohte heute wiederholt mit Zusatzkrediten, jedoch bislang nicht mit Kreditübertragungen. Uns wird vorgeworfen, dass wir keine materielle Diskussion führen. Die Gegenargumente sind jedoch auch nicht materiell. Es wird immer nur damit argumentiert, dass aus unterschiedlichen Gründen nicht gespart werden kann. Wenn man will, kann man immer sparen. Manche Anliegen sind nicht nachhaltig, manche sind es jedoch. Sparen ist eine Frage des Willens. Ausserdem sprechen wir darüber, weniger auszugeben und nicht darüber, zu sparen.

**Roger Liebi (SVP):** Ich schliesse mich der Meinung von Marc Bourgeois (FDP) an.

**Samuel Dubno (GLP):** Uns wurde mehrfach mitgeteilt, dass die Unterstützung dieser Anträge nicht sinnvoll sei. Wir sind nichtsdestotrotz der Ansicht, dass diese Tabellenanträge eine Wirkung besitzen, die Aufwendungen der Stadt werden gesenkt. Es ist möglich, dass nicht alle Aufwendungen auf den budgetierten Aufwandüberschuss Auswirkungen haben. Dennoch werden die Aufwände der Stadt gesenkt und der Eigenfinanzierungsgrad der Stadt verbessert sich auch durch diejenigen Massnahmen, die sich in den geschlossenen Rechnungskreisläufen befinden. Wir haben diese Tabellenanträge genau geprüft. Insbesondere haben wir geschaut, auf welchen Konten der Stadt im kommenden Jahr mehr Geld ausgegeben werden soll. Ebenso haben wir die Ausschöpfung in den letzten drei Jahren mit abgeschlossener Rechnung geprüft. Aufgrund unserer Prüfung können wir diesen tabellarischen Kürzungen teilweise mit gutem Gewissen zustimmen. Bei denjenigen Konten, auf denen bereits Einsparungen budgetiert wurden, sind wir der Ansicht, dass wir die Stadt nicht zusätzlich bestrafen müssen. Roger Tognella (FDP) führte aus, dass diese tabellarischen Anträge teilweise auch Dienstabteilungen treffen können, die sich derartige Kürzungen nicht gewohnt sind. Bei den IT-

*Kürzungen besteht eine ähnliche Situation. Wir möchten den Stadtrat zu einer Verzichtsplannung bewegen und von Kreditübertragungen überzeugen. Die AL bot im Rahmen unserer Pausengespräche an, die Tabellenanträge zu unterstützen, falls auf die Kürzungen auf den Kontengruppen 2026, 2031 und 4040 verzichtet würde. Wir sind bereit, auf diesen Kompromissvorschlag einzugehen. Deshalb gibt es nun einen neuen Minderheitsantrag der AL, der eine Kürzung von 2 064 900 Franken fordert.*

**Christian Traber (CVP):** *Wir haben noch kein Modell für Sparvorschläge gefunden, das allen passt. Die Tabellenanträge besitzen durchaus Nachteile, dennoch gibt es teilweise keine anderen Möglichkeiten, um Einsparungen durchzubringen. Dieses Jahr machte das Polizeidepartement bei den IT-Kosten mehrfach Kreditübertragungen. Auf diese Weise kann sich der Stadtrat seine Prioritäten genau überlegen und Gelder zugunsten anderer Vorhaben und Projekte verschieben. Wir bleiben bei unserer Meinung und gehen auf diesen neuen Antrag nicht ein. Der Ablauf dieser Debatte lässt nichts anderes zu.*

**Dr. Urs Egger (FDP):** *Die Art, auf welche diese Entscheide zustande kommen, wirkt nicht seriös. Wenn in der Pause spontan Minderheitenanträge entstehen, dann brauchen wir die Vorbereitung in der RPK nicht. Wir bleiben bei unserer Meinung und folgen unserer Argumentation.*

**Niklaus Scherr (AL):** *Ich habe ein Angebot unterbreitet, gewisse Elemente aus dem Antrag zu entfernen. Ich habe mich nicht mit Mario Babini (Parteilos) abgesprochen. Dies ist mein Recht als Ratsmitglied. Weder die RPK noch die Fraktionen haben Vorrechte.*

**Michael Baumer (FDP):** *Wir hatten in der RPK zwei Monate Zeit, um über das Budget zu beraten. Es ist erlaubt, in letzter Sekunde Anträge zu stellen. Ebenso ist es unser Recht, auf derartige Angebote nicht einzugehen.*

**Mauro Tuena (SVP):** *Die SVP bleibt bei ihrem Antrag. Der kurzfristig vorgebrachte Minderheitsantrag ist nicht zielführend. Unserem Antrag liegen lange und intensive Verhandlungen zugrunde. Samuel Dubno (GLP) hätte seine Begründung vorzeitig vorbringen können. Diese Tabelle ist ein gemeinsamer Antrag, der nur zurückgezogen werden kann, wenn alle einverstanden sind. Wir halten zusammen mit der FDP an diesem Tabellenantrag fest. Wir haben im Vorfeld intensive Verhandlungen geführt. Wir sind von den Vereinbarungen nicht abgewichen, auch wenn uns die Anträge nicht vollumfänglich passten. Diese Politik ist unehrlich.*

**Samuel Dubno (GLP):** *Es ist absurd, diese Politik als unehrlich zu bezeichnen. Es ist unehrlich zu sagen, dass der Steuerzahler geschont werden soll. Wenn auf diesen Minderheitsantrag nicht eingegangen wird, dann kann keine Einsparung erzielt werden.*

**Roger Liebi (SVP):** *Uns ist wichtig, Position zu beziehen und zu beginnen, das Budget zu sanieren. Wir haben Samuel Dubno (GLP) mitgeteilt, dass wir uns nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen werden. Es ist Samuel Dubnos (GLP) Sache, wenn er sich als Kompromisspolitiker profilieren will. Wir sind diejenigen Politiker, welche die Finanzen und das Budget in der Stadt definitiv angehen wollen. Halbschritte sind keine Lösung mehr. Es ist nicht zielführend, mit dem Defizit so weiterzufahren wie in den vorhergehenden Jahren. Aus diesem Grund werden wir diese Spitzfindigkeiten nicht unterstützen.*

**Martin Luchsinger (GLP):** *Wenn keine Mehrheit gefunden wird, kann nichts bewirkt werden. Es ist legitim auf seiner Position zu beharren. Ebenso legitim ist es jedoch, eine*

Lösung zu suchen und Kompromisse einzugehen. Wir können auf diesem Konto entweder nichts oder zwei Millionen Franken einsparen. Es ist uns wichtig, wenigstens zwei Millionen Franken einsparen zu können. Es geht nicht um Profilierung in den Medien, es geht darum, Mehrheiten zu finden.

**Roger Tognella (FDP):** Bei diesem Minderheitsantrag wird nichts eingespart. In der RPK wurde dieser Antrag geprüft. Ob von insgesamt 160 000 000 Franken schlussendlich 2 000 000 Franken oder nichts eingespart werden, spielt keine Rolle.

**Mauro Tuena (SVP):** In der Pause wurden Fragen zu den Verhandlungen der GLP mit der AL gestellt. Daraufhin wurde versichert, dass beim ursprünglichen Antrag verblieben wird. Diese Änderung ist unehrlich.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3182 0000	Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
019.	Antrag Stadtrat	Gemäss Budgetentwurf 2015 inkl.	Nachtrag	Minderheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
		5 198 900		Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP)
Begründung: Saldokürzung um 10 %, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle					

3182 0000 Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter					
Kürzung um 10 %					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu
2022	Wohnliegenschaften	2 504 000		250 400	2 253 600
2025	Restaurants	1 465 000		146 500	1 318 500
2026	Baulandreserven/Landreserven nicht Stadt	4 700 000		470 000	4 230 000
2027	Gewerbe-Immobilien	2 084 000		208 400	1 875 600
2028	Liegenschaften des Verwaltungsvermögens	450 000		45 000	405 000
2031	Wohnsiedlungen	6 900 000		690 000	6 210 000
2032	Parkhäuser	50 000		5 000	45 000
2506	Blaue Zonen	25 000		2 500	22 500
2520	Stadtpolizei	319 700		32 000	287 700
2555	Dienstabteilung Verkehr	565 000		56 500	508 500
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	180 000		18 000	162 000
3515	Tiefbauamt	5 500 200		550 000	4 950 200
3535	ERZ, Abwasser	990 000		99 000	891 000
3550	ERZ, Abfall	1 170 000		117 000	1 053 000
3555	ERZ, Fernwärme	3 810 000		381 000	3 429 000
4020	Amt für Hochbauten	450 000		45 000	405 000
4040	Immobilien-Bewirtschaftung	19 740 000		1 974 000	17 766 000
4500	DIB Zentrale Verwaltung	20 000		2 000	18 000
4525	Wasserversorgung	361 000		36 100	324 900
4540	Verkehrsbetriebe	705 000		70 500	634 500
	<b>Total</b>	<b>51 988 900</b>		<b>5 198 900</b>	<b>46 790 000</b>

Niklaus Scherr (AL) stellt namens der AL-Fraktion folgenden Antrag:

<b>3182 0000 Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter</b> Kürzung um 10 %					
Institu- tion	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
2022	Wohnliegenschaften	2 504 000		250 400	2 253 600
2025	Restaurants	1 465 000		146 500	1 318 500
2027	Gewerbe-Immobilien	2 084 000		208 400	1 875 600
2028	Liegenschaften des Verwaltungsvermögens	450 000		45 000	405 000
2032	Parkhäuser	50 000		5 000	45 000
2506	Blaue Zonen	25 000		2 500	22 500
2520	Stadtpolizei	319 700		32 000	287 700
2555	Dienstabteilung Verkehr	565 000		56 500	508 500
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	180 000		18 000	162 000
3515	Tiefbauamt	5 500 200		550 000	4 950 200
3535	ERZ, Abwasser	990 000		99 000	891 000
3550	ERZ, Abfall	1 170 000		117 000	1 053 000
3555	ERZ, Fernwärme	3 810 000		381 000	3 429 000
4020	Amt für Hochbauten	450 000		45 000	405 000
4500	DIB Zentrale Verwaltung	20 000		2 000	18 000
4525	Wasserversorgung	361 000		36 100	324 900
4540	Verkehrsbetriebe	705 000		70 500	634 500
	<b>Total</b>	<b>51 988 900</b>		<b>2 064 900</b>	<b>49 924 000</b>

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Minderheit(gemäss Budgetentwurf 2015)		0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(-5 198 900)	49 Stimmen
Antrag AL-Fraktion	(-2 064 900)	<u>76 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der AL-Fraktion zugestimmt.

### **Persönliche Erklärung:**

Roger Tognella (FDP) hält eine persönliche Erklärung zur Abstimmung des vorangehenden Antrags.

### Antrag 020.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Martin Bürlimann (SVP):** Bei diesem Antrag handelt es sich um Entschädigungen von Dienstleistungen Dritter bei Projektbegleitungen, -beratungen und bei der Organisationsentwicklung. Wir empfehlen eine Verbesserung von 10 %, die ohne Qualitätsverluste möglich ist. Es handelt sich um eine Frage des Willens.

**Walter Angst (AL):** Wir beantragen aufgrund grundsätzlicher Bedenken gegenüber den Tabellenkürzungen einen Verzicht auf diese Kürzung.

S. -	<b>10</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>			
	<b>3186 0000</b>	<b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>020.</b>	Antrag Stadtrat	Gemäss Budgetentwurf 2015 inkl. Nachtrag		Minderheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
		741 200		Mehrheit	Martin Bürliemann (SVP) Referent, Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Saldokürzung um 10 %, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

<b>3186 0000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung</b>					
Kürzung um 10 %					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1007	Finanzkontrolle	10 000		1 000	9 000
1020	Stadtkanzlei	30 000		3 000	27 000
1560	Statistik Stadt Zürich	40 100		4 000	36 100
2000	FD Zentrale Verwaltung	80 000		8 000	72 000
2015	Finanzverwaltung	110 000		11 000	99 000
2016	Kompetenzzentrum RVZ	58 500		5 900	52 600
2050	Human Resources Management	780 400		78 000	702 400
2051	Stadtweites Case Management	100 000		10 000	90 000
2080	Organisation und Informatik	2 473 000		247 300	2 225 700
2500	PD Zentrale Verwaltung	14 000		1 400	12 600
2520	Stadtpolizei	77 200		7 700	69 500
2550	Schutz und Rettung	160 000		16 000	144 000
3000	GUD Zentrale Verwaltung	52 000		5 200	46 800
3010	Städtische Gesundheitsdienste	246 500		24 700	221 800
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	12 500		1 300	11 200
3515	Tiefbauamt	1 000 000		100 000	900 000
3535	ERZ, Abwasser	30 000		3 000	27 000
3550	ERZ, Abfall	325 000		32 500	292 500
3555	ERZ, Fernwärme	26 000		2 600	23 400
3560	ERZ, Stadtreinigung	14 000		1 400	12 600
4000	HBD Zentrale Verwaltung	45 000		4 500	40 500
4015	Amt für Städtebau	83 000		8 300	74 700
4020	Amt für Hochbauten	100 000		10 000	90 000
4040	Immobilien-Bewirtschaftung	345 000		34 500	310 500
4500	DIB Zentrale Verwaltung	75 000		7 500	67 500
4525	Wasserversorgung	75 000		7 500	67 500
5000	SSD Zentrale Verwaltung	70 000		7 000	63 000
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	10 000		1 000	9 000
5010	Schulamt	475 500		47 600	427 900
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	15 000		1 500	13 500
5050	Schulgesundheitsdienste	24 500		2 500	22 000
5063	Fachschule Viventa	15 000		1 500	13 500

5510	Support Sozialdepartement	24 000	2 400	21 600
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	50 000	5 000	45 000
5520	Laufbahnzentrum	60 600	6 100	54 500
5530	Kindes-/Erw.schutzbehörde	40 000	4 000	36 000
5550	Soziale Dienste	200 000	20 000	180 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	63 000	6 300	56 700
	<b>Total</b>	<b>7 409 800</b>	<b>741 200</b>	<b>6 668 600</b>

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 021.

Kommissionsreferentin:

**Rebekka Wyler (SP):** Dieser Antrag wurde in der RPK einstimmig beschlossen. Diese Kürzungen wurden in den Eintretensvoten mehrfach erwähnt.

S. - **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**  
**3189 0000** **Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>021.</b> Antrag Stadtrat	Gemäss Budgetentwurf 2015 inkl. Nachtrag			
	5 752 500		Zustimmung	Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürliemann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Begründung: Reduktion der IT-Ausgaben auf Konten mit über 500 000 Fr. um 10 % (ohne Unterhalt Software und Verrechnungen OIZ) bzw. um 15 % (OIZ). Teil-Umsetzung Auftrag Gemeinderat. Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

<b>3189 0000 Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter</b>					
Reduktion der IT-Ausgaben auf Konten mit > 500 000 Fr. um 10 %					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1560	Statistik Stadt Zürich	650 000		65 000	585 000
2021	Liegenschaftsverwaltung	690 000		69 000	621 000
2520	Stadtpolizei	1 525 000		152 500	1 372 500
2550	Schutz und Rettung	707 300		70 700	636 600
3535	ERZ, Abwasser	1 360 000		136 000	1 224 000
3550	ERZ, Abfall	1 111 000		111 100	999 900
4000	HBD Zentrale Verwaltung	690 000		69 000	621 000
4540	Verkehrsbetriebe	946 000		94 600	851 400
5000	SSD Zentrale Verwaltung	2 150 900		215 100	1 935 800
5510	Support Sozialdepartement	1 960 000		196 000	1 764 000
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	4 591 000		459 100	4 131 900

<b>3189 0000 Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter</b>				
Reduktion der IT-Ausgaben auf Konten mit > 500 000 Fr. um 15 %				
2080	Organisation und Informatik	27 429 600		4 114 400
	<b>Total</b>	<b>43 810 800</b>		<b>5 752 500</b>
				<b>23 315 200</b>

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 124 gegen 0 Stimmen zu.

## BEHÖRDEN- UND GESAMTVERWALTUNG

### Antrag 022.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

**Walter Angst (AL):** Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass es sich bei dieser Kürzung um eine moderate Reduktion handelt. Wir bitten die Mehrheit um Zustimmung.

**Roger Liebi (SVP):** Es handelt sich um einen freien Kredit. Wir sind der Ansicht, dass dieser freie Kredit als solcher unnötig ist. Empfänge und Anlässe sollten in den entsprechenden Konten budgetiert werden. Teilweise sind die Ausgaben bei diesem freien Kredit fragwürdig. Wir sind der Ansicht, dass der ganze freie Kredit gestrichen werden kann.

**Rebekka Wyler (SP):** In den vergangenen Jahren wurde der freie Kredit mehrfach gekürzt. Der Stadtrat konnte seinen Antrag plausibel begründen.

S. 100	<b>10</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>			
	<b>1015</b>	<b>Stadtrat</b>			
	<b>3194 0000</b>	<b>Freier Kredit</b>			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
<b>022.</b>	Antrag Stadtrat			540 000	Minderheit 1
			100 000	440 000	Mehrheit
			540 000	0	Minderheit 2
		Begründung:	SVP: Empfänge können auf einem gesonderten Konto geführt werden. Der restliche Aufwand ist nicht notwendig; AL/FDP/GLP/CVP: Moderate Kürzung		

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Minderheit 1	(540 000)	53 Stimmen
Antrag Mehrheit	(440 000)	50 Stimmen



Antrag Minderheit 2	(0)	<u>22 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 72 gegen 53 Stimmen zugestimmt.

---

#### Antrag 023.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** In diesem Antrag geht es um einen Pauschalabzug und um keinen Tabellenantrag. Es ist somit nicht festgelegt, in welcher Dienstabteilung Stellen gekürzt werden sollen. Es geht um Fluktuationen, die nicht planbar sind. Wir beantragen die Kürzung von 37 005 200 Franken. Es handelt sich um einen zukunftsgerichteten Vorschlag.

**Walter Angst (AL):** Dieser Antrag genügt nicht unseren Ansprüchen einer vernünftigen und klarsichtigen Budgetierung. Dieser Antrag ist ein Wunschantrag. Pauschalkürzungen haben keine Wirkung. Inhaltlich ist dieser Antrag nicht realistisch. Beispielsweise sind im Gesundheitsbereich oder im Schulwesen derartige Personalkürzungen nicht möglich. In Teilbereichen sind solche Nichtbesetzungen freiwerdender Stellen möglich, jedoch nicht in diesem Umfang.

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Liebi (SVP):** Der Minderheitsantrag ist sinnvoll. Das Votum von Walter Angst (AL) zeigt auf, was wir nicht wollen. Es wird nicht möglich sein, ein solches Budget zu sanieren, ohne dass beim Personal gespart wird. Wir fordern keine Entlassungen. Wir fordern, die Fluktuation nicht vollständig auszugleichen. Die Fluktuation liegt bei ungefähr 5,5 %. 3,5 % wollen wir nicht ausgleichen. Die Auslagerung des Posteingangssystems wird keine Sanierung bewirken. Wir müssen auch beim Personal ansetzen. Wir wollen nicht in die Situation kommen, in einigen Jahren tausende Personen entlassen zu müssen. Diese Kürzungen sind der richtige Ansatz. Wenn es die SP ernst meint, dann muss sie hier mitmachen.

**Walter Angst (AL):** Es sollen 370 Jahresstellen gestrichen werden. Wenn man dies auf ein halbes Jahr umrechnet, handelt es sich um 740 Stellen, die von diesem Antrag betroffen sind. Es handelt sich um beinahe 10 % der 9000 Stellen, bei denen theoretisch gespart werden könnte. Es können nicht in allen Bereichen Stellen gekürzt werden. Dies ist unrealistisch.

**Marc Bourgeois (FDP):** Es gab bislang noch keine Aussagen dazu, wie richtig gespart werden kann. Es ist naheliegend, dass der Stadtrat unsere Sparanliegen nicht unter-

stützt. Diese Massnahme wäre sinnvoll. Wir wollen in dieser Stadt neue Aufgaben immer mit neuem Personal angehen, ohne die bestehenden Aufgaben zu hinterfragen. Es geht um Fluktuationen. Auch der Stadtrat gab an, dass es schwierig sei, Personen zu entlassen und es am einfachsten sei, die Angelegenheit über Fluktuationen zu lösen. Sollte es in einigen Bereichen nicht möglich sein, dann sind gut begründete Kreditübertragungen möglich. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, die bestehenden Angestellten zu schützen und sicherzustellen, dass sie gute Arbeitsbedingungen haben und angemessene Löhne erhalten. Heute werden die bestehenden Angestellten geplagt, indem Zusatzleistungen gestrichen und gleichzeitig neue Angestellte eingestellt werden. Wer auch in einigen Jahren einen fairen Umgang mit Mitarbeitenden will, muss jetzt für einen Gesamtpersonalstopp eintreten. Dieser Antrag ist nachhaltig.

**Markus Hungerbühler (CVP):** Die CVP wollte sich ursprünglich enthalten. Wir haben diese Frage in der Fraktion diskutiert und kamen zur Auffassung, dass dieser Antrag problematisch ist, wir jedoch auch die Situation unbefriedigend finden. Das Stellenwachstum ist bedenklich, auch wenn beispielsweise im Spitalbereich und Schulwesen keine Einsparungen möglich sind. In der heutigen Zeit braucht es unpopuläre Massnahmen. Wir schliessen uns deshalb der Minderheit an.

**Florian Utz (SP):** Wir haben diesen Antrag bereits in der Eintretensdebatte diskutiert. In sämtlichen Dienstabteilungen müssen 5,8 % auf dem Konto gestrichen werden, um die gewünschte Einsparung zu erhalten. Die neue Begründung von Roger Liebi (SVP) ist befremdlich. Dr. Urs Egger (FDP) hat den Antrag so begründet, wie er auch gestellt wurde. Gemäss Roger Liebi (SVP) sollen nur 3,5 % der Fluktuationen nicht neu besetzt werden. Dies entspricht nicht dem Antragstext.

**Rebekka Wyler (SP):** Ich möchte darauf hinweisen, dass im einstimmigen Bericht der RPK geäussert wurde, dass der Verzicht des Stadtrats auf pauschale Abzüge gut sei. Wir sind gegen solche Anträge. Stellenwachstum findet vor allem im Schulwesen und dem Gesundheitsbereich statt. Wenn beim Personal gespart werden soll, dann soll auch angegeben werden, in welchen Bereichen diese Einsparungen erfolgen sollen. In einer kleinen Dienstabteilung müssen die Abgänge ersetzt werden. Selbstverständlich handelt es sich dabei um einen Angriff auf das Personal.

**Karin Rykart Sutter (Grüne):** Wenn man sparen will, muss man angeben, in welchen Bereichen Personal abgebaut werden soll. Ursprünglich gab es zu diesem Antrag einen Tabellenantrag, dieser war zu konkret. Er hätte gezeigt, dass auch in Dienstabteilungen gespart werden sollte, bei denen Einsparungen unpopulär sind. Deshalb erfolgte eine Einigung auf einen pauschalen Antrag. Dies ist unseriös und kein konstruktiver Weg. Auf diese Weise kann das Budget nicht saniert werden. Wir können nicht nur Summen einsparen, man muss inhaltlich argumentieren. Auch bei den Tabellenanträgen gab es Diskussionen über sinnlose Beträge. Dieser Antrag hängt in der Luft.

S. 108	10 1060 3010 0800	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b> Gesamtverwaltung Pauschalabzug für teilweise nicht besetzte Stellen
--------	-------------------------	--

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>023.</b>	Antrag Stadtrat			0 Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)

37 005 200

-37 005 200 Minderheit

Dr. Urs Egger (FDP)  
Referent, Martin Bürlimann  
(SVP), Roger Liebi (SVP),  
Raphaël Tschanz (FDP)  
Christian Traber (CVP)

Enthaltung

Begründung: Natürliche Fluktuationen, Reduktion 5,8 % für 2. Halbjahr 2015

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

---

## Persönliche Erklärung

Roger Liebi (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum Antrag 23.

### Antrag 024.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Florian Utz (SP):** *Im Rahmen der letzten Budgetdebatte entschied der Gemeinderat, dass Personalparkplätze für städtisches Personal zu kostendeckenden Konditionen vermietet werden sollen. Wir sind der Ansicht, dass es bei Parkplätzen keinen Grund gibt, vom Verursacherprinzip abzuweichen. Andernfalls handelt es sich um Subventionen. Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, hier keine Subventionen ausschütten zu wollen. Jeder kann mit dem Auto zur Arbeit fahren, die Parkplätze sollen jedoch nicht von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern mitfinanziert werden. Ausnahmen bei Personen mit körperlichen Behinderungen oder bei Schichteinsätzen sind möglich. Ansonsten sind wir der Ansicht, dass bei Beanspruchung dieser Leistung auch die effektiven Kosten getragen werden sollten. Der Gemeinderat entschied dies vor einem Jahr mit einer klaren Mehrheit. Die Umsetzung erfolgte jedoch nicht konsequent. Bei einigen Departementen erfolgte eine Umsetzung, einige Departemente hatten bereits eine kostendeckende Umsetzung, bei einigen Departementen, insbesondere im Schul- und Sportdepartement, erfolgte keine Umsetzung. Es braucht ein Reglement, das der Stadtrat umsetzt.*

**Dr. Urs Egger (FDP):** *Abonnements des öffentlichen Verkehrs werden subventioniert. Erst wenn diese Subventionen eingestellt würden, würde gleiches Recht für alle gelten. Parkplätze werden von Personen, die im Schichtbetrieb oder im Gesundheitswesen arbeiten beansprucht. Es geht nicht um ein Reglement, sondern um Zahlen. Um diese Einsparung zu erzielen, muss überall gespart werden. Wir setzen uns tatsächlich für das Personal ein. Wer es nötig hat, soll weiterhin mit dem Auto kommen dürfen und die Kosten nicht tragen müssen.*

Weitere Wortmeldung:

**Christian Traber (CVP):** *Unsere Fraktion wollte sich ursprünglich enthalten, nach einer Prüfung schliessen wir uns der Minderheit an. Wir sind der Ansicht, dass der Stadtrat gute Gründe hat. Diese pauschale Gutschrift ist nicht zielführend. Man kann sich fragen, wo die Parkplätze kostendeckend sein sollen und wo nicht. Dasselbe wurde auch bei den Pauschalabzügen kritisiert.*

S. 109	10 1060 4273 0300	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b> <b>Gesamtverwaltung</b> <b>Pauschalabzug Vergütung für Verwaltungsparkplätze</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>024.</b>	Antrag Stadtrat				0 Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grü- ne), Andrea Nüssli (SP) Vizepräsident Walter Angst (AL), Christian Traber (CVP)
			1 000 000	-1 000 000	Mehrheit	
					Enthaltung	
		Begründung:	Gemeinderatsentscheid zu kostendeckenden Gebühren für Personalpark- plätze umsetzen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 49 Stimmen zu.

<b>PRÄSIDIALDEPARTEMENT</b>
-----------------------------

Antrag 025.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Christian Traber (CVP):** Es geht um eine moderate Kürzung des Budgetantrags um 80 000 Franken. Es handelt sich um ungefähr den Betrag, der die Differenz zum Budget von 2014 darstellt. Der Stadtrat hat vor allem ältere Arbeitnehmende mit Erfahrung eingestellt und er brauchte Ausdehnungen von Stellenprozenten. Wir sind der Ansicht, dass man das über den ganzen Betrag auffangen muss. Die Lohnsumme und die Stellenplanfonierung müssen erhalten bleiben.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Wir beantragen eine Einsparung von 324 700 Franken. Die zentrale Verwaltung des Präsidialdepartements ist mit 21,75 Vollzeitstellen gut ausgerüstet. Es gibt diverse Doppelspurigkeiten, insbesondere im Finanzdepartement, in den Bereichen IT, Controlling und HR. Es gibt in dieser Dienstabteilung zahlreiche Aufgaben im Bereich Querschnittsdienstleistungen, wie zum Beispiel bei den Betriebsämtern, Stadtammannämtern und dem Behindertenbeauftragten. Beim Behindertenbeauftragten kann man einen Teil der Arbeitszeit kürzen. Abbau von Doppelspurigkeiten und Unnötigem sowie Effizienzsteigerungen haben uns zu unserem Kürzungsantrag bewogen.

**Andrea Nüssli (SP):** In einer wachsenden Stadt ist die Reduktion des Personals nur mit Qualitätsabbau realisierbar. Die Stellenwerte sind nicht aus dem Budget ersichtlich. Sie beinhalten auch keine Personaländerung.

S. 118 15  
1500  
3010 0000

**PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT**  
**Präsidentialdepartement Zentrale Verwaltung**  
**Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>025.</b> Antrag Stadtrat			2 324 700 Mehrheit	Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
	80 000		2 244 700 Minderheit 1	Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP)
	324 700		2 000 000 Minderheit 2	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung: SVP/FDP: Personalkosten reduzieren angesichts Zürcher Finanzlage; AL/CVP/GLP: Verzicht auf Erhöhung Stellenplafonds (20.95 statt 21.75)			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(2 324 700)	53 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(2 244 700)	29 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(2 000 000)	<u>43 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 64 gegen 43 Stimmen zugestimmt.

Antrag 026.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Martin Bürlimann (SVP):** Es handelt sich um den ersten Tabellenantrag. Wir wollen die Summe an die Ausgabenrechnung 2013 anpassen.

**Andrea Nüssli (SP):** Die vom Stadtrat eingestellte Summe beruht auf Erfahrungswerten. Die tatsächliche Summe wird sich erst im Verlauf des Jahres ergeben. Es handelt sich bei diesem Konto um Projektunterstützung, wie beispielsweise um externe Gutachten oder Lektorate. Wir erkennen keine Gründe für eine weitere Kürzung.

Weitere Wortmeldung:

**Roger Liebi (SVP):** Auch diese Beträge zeigen, ob etwas gemacht werden soll oder

nicht. Das Konto im Budget 2015 beläuft sich auf 120 000 Franken, im Budget 2013 beläuft es sich auf 75 000 Franken, im Budget 2014 beläuft sich die Summe auf 100 000 Franken. Es ist unverständlich, wie diese Konten in unserer Situation ansteigen können. Wir müssen das Budget sanieren.

S. 119	15 1500 3180 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b> <b>Präsidentialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>026.</b>	Antrag Stadtrat				120 000	Mehrheit
			33 000		87 000	Minderheit
						Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP)
						Begründung: Zurück auf Ausgaben Rechnung 2013

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 18 (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 33 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 59 Stimmen zu.

S. 119	15 1500 3650 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b> <b>Präsidentialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beiträge an private Unternehmungen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>027.</b>	Antrag Stadtrat				185 000	Mehrheit
			35 000		150 000	Minderheit
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
						Begründung: Beiträge reduzieren angesichts Zürcher Finanzlage

Der Antrag der Minderheit wurde zurückgezogen.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 028.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Andrea Nüssli (SP) sagte, dass Personalabbau zwingend einen Qualitätsabbau zur Folge hat. In der freien Wirtschaft ist man manchmal froh, dass gewisse Mitarbeitende den Betrieb verlassen haben, weil dadurch die Qualität anstieg. Wir beantragen hier eine Einsparung beim Personal um 305 800 Franken. Diese Kürzung macht nicht einmal 10 % des Budgets aus. Die Ausgaben im Kulturbereich sind stetig gestiegen. Wir können nicht davon ausgehen, dass die Arbeit durch weniger Personal effizienter wird. Wir können aber zumindest ein Signal geben. Es wird immer gesagt, zu welchen Meisterleistungen diese Stadt fähig sei. Meisterleistungen sind auch im Personalmanagement möglich. In der Privatwirtschaft ist es möglich, unter schlechten Bedingungen beim Personal zu sparen. In der Stadt ist dies scheinbar nicht möglich.*

**Samuel Dubno (GLP):** *Die Mehrheit ist der Ansicht, dass dieser Stellenabbau weder durch Entlassungen, noch durch die natürliche Fluktuation realisierbar ist.*

S. 120	15 1501 3010 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>028.</b>	Antrag Stadtrat				3 805 800	Mehrheit
			305 800		3 500 000	Minderheit
			Begründung: Personalkosten reduzieren angesichts Zürcher Finanzlage			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen zu.

Antrag 029.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** *Die Minderheit ist der Ansicht, dass eine Reduktion möglich ist.*

**Samuel Dubno (GLP):** *Die Mehrheit ist der Ansicht, dass hier nicht gekürzt werden soll. Es geht hier um Künstler, die entschädigt werden. Das Theaterspektakel zum Beispiel generiert auch Erträge, deshalb ist eine Kürzung nicht zielführend.*

S. 120	<b>15</b>	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b>			
	<b>1501</b>	<b>Kultur</b>			
	<b>3018 0000</b>	<b>Löhne von unselbständig erwerbenden Dritten (AHV)</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>029.</b>	Antrag Stadtrat			1 609 400 Mehrheit	Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		209 400		1 400 000 Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung: Personalkosten reduzieren angesichts Zürcher Finanzlage			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 030.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Im letzten Antrag wurde gesagt, worum es in den folgenden Geschäften geht: nämlich um das Helmhaus, das Theaterspektakel und Institutionen, die verschiedene Geldgeber haben. Es geht um Flyer, Plakate, Druck- und Reproduktionskosten. Auch nach der Reduktion ist auf diesem Konto genügend Geld vorhanden. Das Theater am Hechtplatz und das Theaterspektakel können die Druckkosten für Plakate und Flyer reduzieren. Das Helmhaus ist ein Gratisangebot. Es ist unverständlich, dass die Stadt ein Gratisangebot aufrechterhalten kann. Das Helmhaus macht Werbung, druckt Programmhefte und wird künftig auch Plakate drucken lassen. In der Stadt werden viele Kulturinstitutionen beworben. Diese Einsparungen sind möglich, wenn kreative Lösungen gefunden werden. Das Internet muss besser genutzt werden, Mundpropaganda ist sehr effizient.

**Samuel Dubno (GLP):** Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass der Stadtrat bereits von sich aus weniger budgetierte als im Vorjahr. Wir haben mit einem Tabellenantrag bereits eine Kürzung von 40 000 Franken beschlossen. Der Betrag hat sich somit bereits um ungefähr 100 000 Franken im Vergleich zum Vorjahr reduziert. Weitere Kürzungen sind auf diesem Konto nicht notwendig.

Weitere Wortmeldung:

**Mauro Tuena (SVP):** Wir werden den Betrag, den wir reduzieren wollen, korrigieren. Wir halten uns an Abmachungen.



S. 120	<b>15</b>	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b>			
	<b>1501</b>	<b>Kultur</b>			
	<b>3101 0000</b>	<b>Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>030.</b>	Antrag Stadtrat			408 900 Mehrheit	Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		109 100		299 800 Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung: Weniger Papierprodukte im Umfeld von kulturellen Events			

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 5 (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 109 100 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 031.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Es geht wieder um das Theater am Hechtplatz, das Theaterspektakel und das Helmhaus. Wir beantragen bei den Insertionsaufwendungen eine Kürzung von 100 000 Franken. Damit ist der Betrag auf diesem Konto noch immer höher als im Vorjahr. Diese Einsparung ist bei einer Verbesserung des Produkts und einer besseren Nutzung des Internets und der sozialen Medien durchaus möglich.

**Samuel Dubno (GLP):** Der Hauptanteil betrifft das Theaterspektakel, dort gilt jedoch das Bruttoprinzip. Deshalb können wir die Ausgaben nicht reduzieren. Es werden auch Einnahmen generiert. Es ist sinnlos, kulturelle Veranstaltungen abzuhalten, auf die niemand aufmerksam wird.

S. 120	<b>15</b>	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b>			
	<b>1501</b>	<b>Kultur</b>			
	<b>3101 0109</b>	<b>Insertionsaufwendungen</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>031.</b>	Antrag Stadtrat			452 500 Mehrheit	Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		100 000		352 500 Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung: Weniger Inserate für kulturelle Events			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

---

Antrag 032.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Wir beantragen eine weitere Kürzung von 600 000 Franken. Es geht um grosse Beträge, die ausgegeben werden. Es sind die bereits genannten Kulturhäuser betroffen. Die Wirtschaftlichkeit kann deutlich erhöht werden. Das Theater am Hechtplatz und das Theaterspektakel haben zahlreiche Besucher und müssen nicht auf diese Weise unterstützt werden.

**Samuel Dubno (GLP):** Die Minderheit 2 zieht ihren Antrag zurück.

**Andrea Nüssli (SP):** Auf diesem Konto wurden bereits 600 000 Franken gekürzt. Die Mehrheit möchte auf diesem Konto nicht mehr kürzen.

S. 121	15 1501 3180 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>032.</b>	Antrag Stadtrat				6 403 800	Mehrheit Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
			600 000		5 803 800	Minderheit 1 Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
			170 000		6 233 800	Minderheit 2 Samuel Dubno (GLP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: GLP/FDP/CVP: Wegfall Strauhof, weniger Eigenveranstaltungen im Stadthaus, keine Erhöhung Theaterspektakel; SVP: Kosten reduzieren bei Helmhaus, Theater am Hechtplatz, Theaterspektakel			

Samuel Dubno (GLP) zieht den Antrag der Minderheit 2 zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 22 Stimmen zu.

---

Antrag 033.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

**Samuel Dubno (GLP):** Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass auf das Projekt JULL verzichtet werden soll. Schreibförderung ist eine schulische Angelegenheit. Zudem wurde mit dem Strauhof eine Lösung gefunden, die entsprechende Angebote bieten kann.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Wir haben eine Liste mit 85 begünstigten Institutionen und Kul-

turbereichen erhalten. Diese Liste wirkt abenteuerlich und ist nicht selbsterklärend. Bei zwingenden Projekten, die vom Gemeinderat und dem Volk beschlossen wurden, wollen wir nicht kürzen. Wir haben uns den anderen Projekten zugewendet und fanden Projekte, die weder vom Volk noch dem Gemeinderat abgesegnet wurden und deren Kosten sich auf 19 000 000 Franken belaufen. Dabei handelt es sich beispielsweise um freie Kredite, Stadtratsbeschlüsse, Stipendien, diverse Ressortkredite, Gemeinderatsbeschlüsse aus dem Jahr 1973. Wir beantragen eine Streichung von 14 000 000 Franken. Dies soll dazu führen, dass manche dieser Projekte wieder im Gemeinderat debattiert werden.

**Christina Hug (Grüne):** Wir wollen auf diesem Konto nichts kürzen. Es ist nicht zielführend, das Literaturmuseum im Strauhof gegen das JULL auszuspielen. Das JULL, das jungen Menschen eine Auseinandersetzung mit Literatur in einem nicht alltäglichen Kontext ermöglichen soll, ist sinnvoll.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Wir sind der Ansicht, dass der Betrag an die Teuerung angepasst werden sollte. Wir schliessen uns dem Antrag der Mehrheit an, haben jedoch eine andere Begründung als die Mehrheit.

S. 122	15 1501 3652 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b> <b>Kultur</b> <b>Kulturförderungsbeiträge</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>033.</b>	Antrag Stadtrat				102 626 000	Minderheit 1 Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
			292 500		102 333 500	Mehrheit Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			14 000 000		88 626 000	Minderheit 2 Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
			Begründung:	SVP: Via STRB verfügte Kredite; AL/GLP/CVP: Verzicht JULL; FDP: Gemäss erwarteter Teuerung 2015		

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Minderheit 1	(102 626 000)	59 Stimmen
Antrag Mehrheit	(102 333 500)	43 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(88 626 000)	<u>22 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 1 wird mit 53 gegen 50 Stimmen zugestimmt.

Antrag 034.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Samuel Dubno (GLP):** Die Raumkosten für die Räume des JULL können eingespart werden.

**Christina Hug (Grüne):** Wir wollen, dass das JULL realisiert wird. Die Bärengasse ist ein guter Standort.

S. 122	15	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b>				
	1501	<b>Kultur</b>				
	3913 0000	<b>Vergütung an IMMO für Raumkosten</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>034.</b>	Antrag Stadtrat				7 800 000 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
			89 200		7 710 800 Mehrheit	Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: GLP/AL/SVP/CVP: Verzicht JULL; FDP: Der Finanzlage anpassen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 53 Stimmen zu.

Antrag 035.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Angst (AL):** Obwohl noch keine Baubewilligung vorliegt, hat die Stadt bereits 24 000 000 Franken ins Kunsthaus investiert. Wir sind die Einzigen, die diese Bauplanung bezahlen. Wir sind der Ansicht, dass keine weiteren Ausgaben getätigt werden sollen, solange weder eine Baubewilligung vorliegt, noch Zahlungen durch private Partner erfolgten.

**Samuel Dubno (GLP):** Es ist ein Baurekurs hängig. Ebenfalls ist es möglich, dass der Betrag im Jahr 2015 deutlich tiefer ausfallen wird. Dennoch muss das Budget eingestellt werden. Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass dies korrekt ist.

Weitere Wortmeldungen:

**Walter Angst (AL):** Das Kunsthaus wird realisiert, diese Auseinandersetzung haben wir verloren. Die Spezialkommission, die für diese Vorberaterung verantwortlich ist, hat diese Weisung nicht aus finanzpolitischer Sicht betrachtet. Die Stadt trägt das gesamte Risiko. Wir müssen die privaten Partner in die Verantwortung nehmen. Es ist nicht tragbar, dass die Stadt 25 % ihrer Investitionen bereits ausgegeben hat, bevor überhaupt klar ist, ob der Bau realisiert werden kann.

**Michael Baumer (FDP):** Die Privaten haben 80 000 000 Franken gesammelt und leisten somit einen erheblichen Beitrag an den Bau des Kunsthauses. Die Privaten haben ihren Beitrag bereits geleistet.

S. 123	15 1501 550003	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Zürcher Kunsthaus, Beitrag Erweiterung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>035.</b>	Antrag Stadtrat				4 000 000 Mehrheit	Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			4 000 000		0 Minderheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne)
			Begründung: Keine weiteren Investitionen bis Rechtslage geklärt ist. Neuverhandlung der Beteiligung der Privaten an Planungskosten			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 46 Stimmen zu.

Antrag 036.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Severin Pflüger (FDP):** Die Stadtentwicklung der Stadt besitzt vielfältige Aufgaben. Ihre Aufgaben umfassen die Stadt- und Quartierentwicklung, Wirtschaftsförderung, Aussenbeziehungs- und Integrationsförderung. Es besteht kein innerer Zusammenhang zwischen diesen Themen. Die Gründe hierfür sind in der Geschichte dieser Dienstabteilung zu suchen. Dieser Stab nimmt wichtige Aufgaben wahr, dennoch gibt es Aufgaben, die in den jeweiligen Departementen besser aufgehoben wären. Im Bereich der Stadt- und Quartierentwicklung gibt es den Themenbereich, der das Wohnen umfasst. Im Finanzdepartement und Hochbaudepartement wird dasselbe Thema abgedeckt. Das Stadtpräsidium darf sich einmischen, die Kompetenz soll in den jeweiligen Departementen bleiben. Im Wirtschaftsbereich besteht eine Redundanz zum Bereich der Standortförderung. Bei Bevölkerungsbefragungen besteht eine Überschneidung mit dem statistischen Amt. Es gibt weitere Redundanzen, die unnötig sind. Es ist jedoch sinnvoll, dass es bei Mitwirkungsverfahren Spezialisten gibt, die sich darum kümmern. Die Standortförderung ist sinnvoll. Die Aussenbeziehungen werfen Fragen hinsichtlich ihrer Grösse auf. Die Integrationsförderung kann ins Sozialdepartement verschoben werden. Wir fordern eine Kürzung von sieben Stellen, die wegen Redundanzen unnötig sind.

**Samuel Dubno (GLP):** Es ist fraglich, ob Severin Pflüger (FDP) für die ganze Minderheit gesprochen hat. Ebenfalls interessant ist, dass von sieben Stellen gesprochen wurde. Um diese Einsparung zu erzielen, dann müssten diese Stellen ab Januar gestrichen werden. Wenn die Kürzung über die natürliche Fluktuation erfolgen soll, dann müssten ungefähr 14 Stellen gestrichen werden. Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass die Stellen nicht auf diese Weise abgebaut werden sollen. Dennoch finde ich die vorgebrachten Argumente erwägenswert.

S. 124	15 1505 3010 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b> <b>Stadtentwicklung Zürich</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>036.</b>	Antrag Stadtrat				3 515 200	Mehrheit
			700 000		2 815 200	Minderheit
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Abbau von 7 Stellen wegen Doppelspurigkeiten mit anderen Dienstabteilungen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 037.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Samuel Dubno (GLP):** Wir haben eine Liste mit geplanten Projekten erhalten. Die Mehrheit der RPK hält den Preis für nachhaltiges Sanieren für unnötig und beantragt deshalb eine Kürzung von 10 000 Franken. Der Preis für nachhaltiges Sanieren ist kein grosser Anreiz für Sanierungen. Energiecoaching ist sinnvoll.

**Simon Kälin (Grüne):** Dieser Preis besitzt Signalwirkung. Bei Sanierungen von Gebäudehüllen bestehen grosse Möglichkeiten zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen und damit für den Klimaschutz im Inland. Der Nationalrat hat dies erkannt. Eine Auszeichnung von Gebäuden stellt einen qualitativen Anreiz für die Nutzerinnen und Nutzer der Gebäude dar. Sie schafft unter dem Stichwort Clean Building Transparenz für Investoren. Dies findet zunehmend Beachtung. Auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft braucht es qualitative Anreize. Die Ausschreibung erfolgt alle vier Jahre.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** Ich würde es bedauern, wenn sich der Gemeinderat gegen den Preis aussprechen würde. Es gibt immer wieder Vorstösse, welche die Thematik der 2000-Watt-Gesellschaft betreffen. Im Baubereich kann die Erreichung dieses Ziels gut vorangetrieben werden. Die grösste Herausforderung besteht im Bereich der Sanierungen. Beim Preis geht es um die damit verbundene Öffentlichkeitsarbeit. Gute Beispiele

*können bekannt gemacht werden. Nachhaltige Sanierungen sind weitreichender als ökologische Sanierungen. Die Stadt besitzt eine Pionierrolle. Es geht um ökonomische, ökologische und soziale Aspekte. Mieterinnen und Mieter sollen in den Gebäuden bleiben dürfen, es soll zu keinem starken Anstieg der Mietkosten kommen. Eine Würdigung seitens der Stadt ist wichtig.*

S. 124	15 1505 3107 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Zürich Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>037.</b>	Antrag Stadtrat				65 000 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
			10 000		55 000 Mehrheit	Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Verzicht Preis nachhaltiges Sanieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 53 Stimmen zu.

#### Antrag 038.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** *Es braucht weniger Reisen. Die Reise nach Athen muss jedoch durchgeführt werden.*

**Andrea Nüssli (SP):** *Es werden nur die effektiven Kosten abgerechnet. Die Kürzung ist unrealistisch. Das Spesenreglement muss eingehalten werden.*

S. 125	15 1505 3170 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Zürich Reise- und Spesenentschädigungen des Personals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>038.</b>	Antrag Stadtrat				70 000 Mehrheit	Andrea Nüssli (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
			23 000		47 000 Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
					Enthaltung	Samuel Dubno (GLP), Christian Traber (CVP)
			Begründung: Weniger Reisen			

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 17 (pauschale Kürzungen) beantragt die Minder-

heit neu eine Kürzung um 23 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 49 Stimmen zu.

---

Antrag 039.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

**Samuel Dubno (GLP):** Die Mehrheit möchte auf diesem Konto 300 000 Franken einsparen. Innerhalb der Mehrheit gibt es verschiedene Ausrichtungen, jedoch besteht eine Schnittmenge. Wir sind für einen Verzicht auf Bevölkerungsbefragungen, respektive für Befragungen, die nur alle vier Jahre durchgeführt werden. Die AL und CVP sind für einen Verzicht für die Auszeichnung für nachhaltiges Sanieren und auf die LAP. Aufgrund der Kürzungen beläuft sich der zu kürzende Betrag auf 300 000 Franken. Dies entspricht dem Antrag der SP.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Bei der Stadtentwicklung haben wir bereits 10 % eingespart. Wir beantragen eine Kürzung von 748 200 Franken. Wir begründen das durch eine Reduktion der Projekte. Projekte können gestrichen oder halbiert werden, dies führt zu Sparmöglichkeiten.

**Martin Abele (Grüne):** Es ist einfach, auf eine Bevölkerungsbefragung zu verzichten. Dies ist kurzsichtig. Dies entzieht dem Stadtrat eine wichtige Entscheidungsgrundlage für die strategische Planung. Die Stadt führt seit 1999 alle zwei Jahre eine Bevölkerungsbefragung durch. Der Stadtrat erhält wichtige Erkenntnisse zur Einschätzung zu den Lebensbedingungen der Einwohnerinnen und Einwohner. Die Stadtbehörden erhalten zeitnahe Hinweise der Wohnbevölkerung. Die periodische Durchführung zeigt auf, ob die ergriffenen Massnahmen greifen. Bei einem Verzicht auf die Bevölkerungsbefragung ginge ein wichtiges Instrument verloren. Die Stadt hätte eine viel dünnere Hinweisbasis zur Beurteilung ihrer Tätigkeit. Eine Ausdehnung des Erhebungsrhythmus von zwei auf vier Jahre würde die Aussagekraft dieser Erhebungen verringern. Dadurch könnte weniger gut auf aktuelle Anliegen eingegangen werden. Derzeit wird alle zwei Jahre ein Schwerpunktthema untersucht. Im Jahr 2015 betrifft das Thema den Verkehr. Es wurden bereits umfangreiche Investitionen getätigt. Ein Verzicht auf Bevölkerungsbefragungen ist kurzsichtig.

Weitere Wortmeldungen:

**Andrea Nüssli (SP):** Wir hatten einen Antrag auf Kürzung von 300 000 Franken gestellt. Da auf diesem Konto bereits gekürzt wurde, stellt die SP einen neuen Antrag. Wir beantragen eine Verbesserung von 130 000 Franken.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** Es handelt sich bei diesen Befragungen um ein wichtiges Monitoringinstrument. Aufgrund der Vorbereitungsphase mussten bereits einige vertragliche Vereinbarungen getroffen werden. Die Befragung ermöglicht spezifische Vertiefungen. Dies erfolgt anhand aktueller Themen. Im Jahr 2015 ist eine Befragung zum Verkehr geplant. Wenn diese Befragung nicht durchgeführt werden kann, verliert die Stadt ein wichtiges verkehrspolitisches Monitoringinstrument. Es hilft uns bei verkehrspolitischen Weichenstellungen.



**Samuel Dubno (GLP):** Es gibt eine Minderheit 1 der Grünen, die den Stadtrat vertritt. Es gibt einen Antrag der SVP, die SP hat einen neuen Antrag gestellt, die AL und GLP halten ihren Antrag aufrecht.

S. 125	<b>15</b> <b>1505</b> <b>3180 0000</b>	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b> <b>Stadtentwicklung Zürich</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>039.</b>	Antrag Stadtrat				1 720 200	Minderheit 1 Felix Moser (Grüne) Referent
			748 200		972 000	Minderheit 2 Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
			450 000		1 270 200	Minderheit 3 Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Christian Traber (CVP)
			300 000		1 420 200	Mehrheit Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
						Enthaltung Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	SP/GLP: Bevölkerungsbefragungen nur noch alle 4 Jahre durchführen; SVP: Verzicht Bevölkerungsbefragung, Auszeichnungen, Integrations-, RZU- und Nachfolge-LSP-Projekte; AL/CVP: Verzicht auf Bevölkerungsbefragung, Auszeichnung nachhaltig Sanieren, Ausgabe LSP			

Der Antrag der Minderheit 3 wurde zurückgezogen.

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 18 (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit 2 neu eine Kürzung um 748 200 Franken.

Andrea Nüssli (SP) stellt namens der SP-Fraktion folgenden Antrag:

S. 125	<b>15</b> <b>1505</b> <b>3180 0000</b>	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b> <b>Stadtentwicklung Zürich</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
	Antrag SP-Fraktion		130 000		1 590 200

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Minderheit 1	(1 720 200)	14 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(972 000)	22 Stimmen
Antrag Mehrheit	(1 420 200)	49 Stimmen
Antrag SP-Fraktion	(1 590 200)	<u>39 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Minderheit 2	(972 000)	22 Stimmen
Antrag Mehrheit	(1 420 200)	49 Stimmen
Antrag SP-Fraktion	(1 590 200)	<u>53 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 3. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

3. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 72 gegen 53 Stimmen zugestimmt.

Antrag 040.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Ursprünglich wollten wir eine Kürzung von 1 400 000 Franken beantragen. Wir wurden im Rat jedoch überstimmt und bleiben bei einer Verbesserung von 239 000 Franken.*

**Samuel Dubno (GLP):** *Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass diese Institutionen nicht bestraft werden sollten. Es ist langfristig wichtig, dass die Stadt berechenbar bleibt.*

S. 125	15	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b>			
	1505	<b>Stadtentwicklung Zürich</b>			
	3650 0000	<b>Beiträge an private Unternehmungen</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>040.</b>	Antrag Stadtrat			3 979 000	Mehrheit
		239 000		3 740 000	Minderheit
					Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung: Kürzung gemäss SVP-Anträgen in den GR-Debatten			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 41 Stimmen zu.

Antrag 041.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Vor einer Woche haben wir ausführlich darüber debattiert, dass die GPK zurückhaltend einige Empfehlungen abgab, damit die Fachstelle für Gleichstellung bessere Arbeit leisten kann. Der Stadtrat setzte sich für diese Fachstelle ein. Die Fachstelle wurde daraufhin in der Presse kritisiert. Die Angelegenheit muss nicht beschönigt werden. Die Fachstelle hat finanziell und personell grossen Schaden angerichtet. Andererseits ist die Fachstelle im Bereich Lobbying sehr begabt. Es gab sogar einen Rückweisungsantrag. Es ist unklar, ob die Fachstelle das Lobbying initiierte oder ob dies vom Stadtrat ausging. Wenn künftiger Schaden verhindert werden soll, muss die Fachstelle abgeschafft werden.

**Severin Pflüger (FDP):** Wir sind für die Gleichstellung. Dennoch halten wir die Fachstelle für überdotiert. In den letzten 25 Jahren wurde viel erreicht. Wir müssen uns fragen, was wir noch erreichen müssen und was im Rahmen des Erreichbaren für eine Fachstelle liegt. Der Stadt geht es gut. Es ist wichtig, dass sich jemand professionell darum kümmert. Wir müssen das Erreichte absichern, die Fachstelle muss sich um ihre Kernaufgaben kümmern. Die Entwicklung kann nicht viel weitergehen. Für eine Absicherung reichen 1,5 bis 2 Stellen. Darauf basiert unser Kürzungsantrag. Wir sind für Gleichstellung, wir wollen, dass der bestehende Status erhalten bleibt.

**Samuel Dubno (GLP):** Die Mehrheit der RPK ist für Gleichstellung, beantragt aber keine Kürzungen.

Weitere Wortmeldungen:

**Karin Rykart Sutter (Grüne):** Uns wurde versichert, dass der GPK-Bericht keinen Einfluss auf Streichung von Stellen hat. Dies scheint unzutreffend zu sein. Es ist fragwürdig, wenn nach dem Bericht von letzter Woche gefordert wird, die Fachstelle abzuschaffen. Die Position von Severin Pflüger (FDP) wirkt charmanter. Ich weiss nicht, ob Severin Pflüger (FDP) klar ist, was die Kernaufgaben der Fachstelle sind. Die Stellenprozente sind für die Erfüllung des Auftrags notwendig. Der Bericht von letzter Woche zeigte, dass es noch sehr viel Arbeit zu tun gibt. Lohngleichheit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Beratung und Weiterbildung im Bereich sexueller Belästigung am Arbeitsplatz ist notwendig.

**Andreas Kirstein (AL):** Das Votum von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) zeigte, dass die GPK kein politikfreies Kontrollorgan darstellt. Es ist untragbar, dass der Bericht der GPK in der Budgetdebatte für die Abschaffung der Fachstelle genutzt werden soll. Der Rückweisungsantrag letzte Woche war gerechtfertigt.

**Severin Pflüger (FDP):** Die Kernaufgaben der Fachstelle für Gleichstellung wurden vom Stadtrat definiert. Die Kernaufgabe betrifft die rechtliche Gleichstellung. In der Stadt wurde Lohngleichheit hergestellt. Wenn es in diesem Bereich Probleme gibt, ist das Finanzdepartement zuständig. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ebenfalls gegeben. Die Stadt bietet viele Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Hierfür ist das Schul- und Sportdepartement verantwortlich. Ausserhalb der Stadtverwaltung hat die Fachstelle für Gleichstellung keine Handhabe. Hierfür bräuchte es massive Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger.

**Michael Schmid (FDP):** Bei Berichten der GPK gilt das geschriebene Wort.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** In der GPK habe ich nie einen Antrag auf Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung gestellt. Dem moderaten Bericht konnte ich überzeugt zustimmen. Das im Nachhinein betriebene Lobbying fand ich unerträglich. Dies muss vom Bericht der GPK getrennt werden.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** Die Fachstelle für Gleichstellung ist in Fachkreisen ausserordentlich anerkannt. Sie verfolgt ihre Ziele mit dem Projekt Gleichstellungsplan mit einer Laufzeit bis ins Jahr 2018. Im November 2014 wurde sie an einem Anlass der UNO als vorbildliches Beispiel vorgestellt. Die Fachstelle befasst sich mit Prävention im Bereich der häuslichen Gewalt, sie befasst sich mit Frauen in Kaderpositionen. Sie berät Mitarbeitende und Privatpersonen. Sie stellt Instrumente zur Verfügung. Der Auftrag der Fachstelle ist breit gefächert. Das Team ist klein und fachkundig. Dennoch ist die Arbeit der Fachstelle weiterhin notwendig. In Kaderpositionen gibt es weiterhin mehr Männer als Frauen. In der Stadt besteht Akzeptanz gegenüber verschiedenen Lebensformen. Wir kämpfen gegen Diskriminierung.

S. 127	15 1506 Saldo	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b> <b>Fachstelle für Gleichstellung</b> <b>Laufende Rechnung / Saldo</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>041.</b>	Antrag Stadtrat				1 811 000	Mehrheit
			1 811 000		0	Minderheit 1
			1 200 000		611 000	Minderheit 2
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürliemann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: FDP: Zurück auf die einstige Kernaufgabe; SVP: Abschaffen der Fachstelle			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(1 811 000)	81 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(0)	22 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(611 000)	<u>21 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 042.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Samuel Dubno (GLP):** Unser Kürzungsantrag entspricht den anfangs der Debatte behandelten tabellarischen Kürzungen.

**Dr. Urs Egger (FDP):** Wir schliessen uns der Argumentation von Samuel Dubno (GLP) an, beziehen sie jedoch auf die Kontengruppe, über die wir bereits in den Sammelanträgen sprachen. Deshalb fällt unser Kürzungsantrag höher aus.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Wir beantragen eine Kürzung von 1 000 000 Franken beim Museum Rietberg. Die Erträge sind seit 2012 um 45 % eingebrochen. Wir haben erfahren, dass im Jahr 2013 85 000 Eintritte verzeichnet wurden, darin enthalten waren auch 27 000 Gratisseintritte. Der Direktor des Rietbergs erzählte uns, wie er jährlich auf 100 000 Besucher kommen will. Uns überzeugten die Argumente nicht. Eine Einsparung von einer Million Franken ist realistisch.

**Andrea Nüssli (SP):** Das Museum Rietberg traf verschiedene Massnahmen, die zu einer Verbesserung der Situation führen sollen. Die Mehrheit ist der Ansicht, dass eine Saldoverbesserung kontraproduktiv ist.

Weitere Wortmeldung:

**Roger Liebi (SVP):** In den vergangenen Jahren wurde das Museum Rietberg nicht kritisch betrachtet. So kann es nicht weitergehen. Der Aufwand ist über Jahre gestiegen. Dies wurde damit begründet, dass mehr Ausstellungen durchgeführt wurden. Dies müsste zu mehr Ertrag führen. Wir müssen die Notbremse ziehen. Wir wollen die Nettoszahlen verbessern. Die Erträge können durch das Museum eingenommen werden. Das Museum Rietberg muss mit weniger Geld zurechtkommen können.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** Das Museum Rietberg hat einen nationalen und internationalen Ruf. Es leistet einen wertvollen Beitrag für die Kulturstadt Zürich. Das Museum hat in den letzten Jahren Zusatzlasten übernommen. Der Gemeinderat hat bereits Kürzungen durchgeführt, die im neuen Budget nicht rückgängig gemacht wurden. Das Museum Rietberg hat einen Eigenfinanzierungsgrad von 45 bis 57 %. In den letzten sechs Jahren erhielt es jährlich private Fördergelder in der Höhe von 1 800 000 Franken. Das Museum Rietberg ist nicht nur in fachlicher Hinsicht ein Vorzeigemuseum.

S. 129	15 1520 Saldo	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b> <b>Museum Rietberg</b> <b>Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo</b>			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
<b>042.</b>	Antrag Stadtrat		80 800	8 598 800	Mehrheit Minderheit 1
			462 000	8 217 600	Minderheit 2
					Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP) Samuel Dubno (GLP) Referent Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Raphaël Tschanz (FDP)

1 000 000	7 679 600	Minderheit 3	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
		Enthaltung	Christian Traber (CVP)
Begründung:	SVP: Saldoverbesserung aufgrund sinkender Einnahmen zwingend; GLP: Kürzung Saldo analog Sammelkürzungen zu den Kontogruppen 3091, 3099, 3101, 3107, 3111, 3149, 3170; FDP: Kürzung Saldo analog Sammelkürzungen zu den Kontogruppen 3010, 3091, 3092, 3101, 3107, 3111, 3170, 3180, 3182		

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(8 679 600)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(8 598 800)	20 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(8 217 600)	21 Stimmen
Antrag Minderheit 3	(7 679 600)	22 <u>Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(8 679 600)	76 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(8 217 600)	21 Stimmen
Antrag Minderheit 3	(7 679 600)	<u>22 Stimmen</u>
Total		119 Stimmen
= absolutes Mehr		60 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit mit 76 Stimmen zugestimmt.

Antrag 043.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Die Minderheit ist der Ansicht, dass die Personalkosten reduziert werden können.

**Samuel Dubno (GLP):** Ein Abbau von 18 Stellen ist nicht zielführend.

S. 130	15 1530 3010 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Bevölkerungsamt Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>043.</b>	Antrag Stadtrat				18 200 900	Mehrheit
			900 000		17 300 900	Minderheit
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Personalkosten reduzieren angesichts Zürcher Finanzlage			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen zu.

Antrag 044.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Martin Bürlimann (SVP):** Der Antrag bleibt bestehen, jedoch wird der Betrag angepasst. Die Argumentation wurde bereits beim Tabellenantrag vorgebracht. Es gibt realisierbares Sparpotential.

**Felix Moser (Grüne):** Die Minderheit sieht hier kein Einsparungspotential.

S. 130	15 1530 3091 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Bevölkerungsamt Aus- und Weiterbildung des Personals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>044.</b>	Antrag Stadtrat				180 000	Minderheit
			22 000		158 000	Mehrheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Samuel Dubno (GLP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Erfahrungswerte			

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 1 (pauschale Kürzungen) beantragt die Mehrheit neu eine Kürzung um 22 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 81 gegen 41 Stimmen zu.

Antrag 045.

Kommissionsreferentin:

**Rebekka Wyler (SP):** Es handelt sich um einen Tabellenantrag. Deshalb reduziert sich hier der Kürzungsbetrag. Die RPK unterstützt diesen Antrag einstimmig. Der Ersatz kann auch nach sieben Jahren stattfinden. Reparaturen können bei Bedarf durchgeführt werden.

S. 130	15 1530 3111 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b> <b>Bevölkerungsamt</b> <b>Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>045.</b>	Antrag Stadtrat		132 000		180 000 48 000	Zustimmung
						Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Ersatz der Fahrzeuge erst nach 7 Jahren, dafür Reparaturen wenn nötig

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 8 (pauschale Kürzungen) beantragt die RPK neu eine Kürzung um 132 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 124 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 046.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Martin Bürlimann (SVP):** Es geht bei diesem Kürzungsantrag nicht um Veranstaltungen des Friedhofsforums an sich, sondern nur um Veranstaltungen auf Friedhöfen. Ich möchte auf ein Postulat der SD aus dem Jahr 2011 hinweisen. Dieses forderte einen Verzicht der Nutzung von Friedhofsflächen für Veranstaltungen. Die Postulanten zogen ihr Postulat zurück, weil der Stadtrat versicherte, Friedhöfe nicht zu Unterhaltungszwecken gebrauchen zu wollen. 2013 gab es im Tages Anzeiger einen Artikel zu einer abgehaltenen Geisterstunde auf dem Friedhof Sihlfeld. Es fand eine Grusellesung auf dem Areal statt. Dies führte zu einem Postulat seitens der SVP. Es wurde betont, dass keine weiteren kulturellen Veranstaltungen auf Friedhöfen geplant sind. Im Mai 2014 wurde in einem weiteren Zeitungsartikel über eine Kunstaussstellung auf dem Friedhof Sihlfeld berichtet. Einige Veranstaltungen des Friedhofsforums sind berechtigt. Es geht uns ausschliesslich um Veranstaltungen auf dem Friedhofsgelände an sich. Die Veranstaltungen sind oft nur schlecht besucht. Wir finden es problematisch, dass das Friedhofsforum weitere Veranstaltungen auf dem Friedhofsgelände durchführt.

**Christian Traber (CVP):** Es existiert ein überwiesenes Postulat. Mit diesem Postulat sollten Massenveranstaltungen verhindert werden. Den Antworten des Stadtrats konnte entnommen werden, dass manche Veranstaltungen schlecht besucht sind. Grundsätz-



lich finden wir die Anlässe des Friedhofsforums wichtig. Die Veranstaltungen stossen oft auf Zuspruch.

Weitere Wortmeldung:

**Mauro Tuena (SVP):** Im Votum von Martin Bürlimann (SVP) wurde ausgeführt, um welche Veranstaltungen es geht. Im Postulat ging es nicht um Massenveranstaltungen auf Friedhöfen. Menschen schätzen die Ruhe auf Friedhöfen.

S. 131	<b>15</b> <b>1530</b> <b>3180 0000</b>	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b> <b>Bevölkerungsamt</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>					
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
<b>046.</b>	Antrag Stadtrat				5 402 000	Mehrheit	Christian Traber (CVP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
			80 000		5 322 000	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Samuel Dubno (GLP)
						Enthaltung	
			Begründung: Verzicht auf Veranstaltungen des Friedhofforums, Umsetzung Postulat				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 047.

Kommissionsreferentin:

**Rebekka Wyler (SP):** Die Kommission ist einstimmig der Ansicht, dass die Verbesserung möglich ist. Diese Ansicht beruht auf Erfahrungswerten.

S. 131	<b>15</b> <b>1530</b> <b>3911 0000</b>	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b> <b>Bevölkerungsamt</b> <b>Vergütung an SBMV für Material/Dienstleistungen</b>					
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
<b>047.</b>	Antrag Stadtrat		30 000		330 000 300 000	Zustimmung	Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Vizepräsi- dent Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			Begründung: Erfahrungswerte plus Spareffekt				

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 048.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Severin Pflüger (FDP):** Das Amt für Statistik leistet gute Arbeit. Politiker und die Stadtverwaltung sind auf die Produkte angewiesen. Das statistische Jahrbuch ist wertvoll. Die Qualität ist einzigartig, aber auch unnötig. Das Amt sollte sich auf das Wesentliche konzentrieren und sich nicht stetig neue Aufgabenfelder erschliessen. Auch nach unserer Kürzung wird das statistische Amt weiterhin hervorragende Arbeit leisten.

**Samuel Dubno (GLP):** Die Mehrheit der RPK ist nicht der Ansicht, dass diese Einsparung zielführend ist. Wenn die fünf Stellen nicht ab 1. Januar gestrichen werden, müssen schlussendlich 10 Stellen gestrichen werden. Dies ist nicht möglich.

Weitere Wortmeldung:

**Andreas Kirstein (AL):** Das Votum von Severin Pflüger (FDP) ist symptomatisch für einige Sparanträge. Wenn sich eine Dienstabteilung Mühe gibt und hervorragende Leistungen erbringt, wird ihr gesagt, dass Stellen gekürzt werden sollen, da auch bei einer Reduktion der Stellenprozente gute Arbeitsleistung möglich ist. Dies ist guter Qualität nicht zuträglich.

**Severin Pflüger (FDP):** Das von Andreas Kirstein (AL) vorgebrachte Aspekt ist tatsächlich problematisch. Alle Amtsstellen müssen gut und exzellent arbeiten. Wir können unsere Stadtverwaltung nicht unkontrolliert wachsen lassen, weil wir die Abteilungen mit weiteren Mitarbeitenden für gute Arbeit belohnen.

S. 133	15 1560 3010 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b> <b>Statistik Stadt Zürich</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>048.</b>	Antrag Stadtrat				3 199 200	Mehrheit
			500 000		2 699 200	Minderheit
						Enthaltung
			Begründung: Streichung von 5 Stellen, Konzentration auf das Wesentliche			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 049.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Severin Pflüger (FDP):** *Ich ziehe diesen Antrag zurück. Der Stadtrat will Personal sparen. Die Einsparungen erfolgen jedoch am falschen Ort. Er will eine Nachwuchsstelle im Amt für Statistik streichen. Wenn es dort zu viele Stellen hat, soll eine andere Stelle gestrichen werden. Es ist falsch, beim Nachwuchs sparen zu wollen.*

S. 133	15 1560 3012 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b> <b>Statistik Stadt Zürich</b> <b>Löhne des Personals in Ausbildung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>049.</b>	Antrag Stadtrat			33 900	26 100 60 000	Mehrheit Minderheit Enthaltung
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP) Christian Traber (CVP)
			Begründung: Im Gegenzug kein Abbau von Nachwuchsstellen			

Severin Pflüger (FDP) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 050.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** *Die Minderheit beantragt eine Auflösung des Projektstabs. Wir stehen diesem Projektstab sehr kritisch gegenüber. Es gibt keine Gründe, diesen Projektstab aufrecht zu erhalten. Er wurde ursprünglich für die LSP eingeführt, er ist unnötig. Er beinhaltet ein Sammelsurium an Projekten. Wir können uns nicht vorstellen, dass jemand dort zielgerichtet arbeiten kann. Vorgänge, wie sie an der Leichtathletik Europa-meisterschaft passierten, dürfen nicht vorkommen. Auch dort war der Projektstab massgeblich beteiligt.*

**Samuel Dubno (GLP):** *Die Mehrheit der RPK unterstützt den Stadtrat. Nichtsdestotrotz ist die Mehrheit der RPK nicht vollumfänglich vom Projektstab begeistert. Es wurden verschiedene Kritikpunkte vorgebracht. Dennoch wollen wir den Projektstab nicht abschaffen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Severin Pflüger (FDP):** *Ich möchte die Ausführungen des Referenten der Mehrheit ergänzen. Man kann sich fragen, wer für die Durchführung und Organisation der grossen Projekte in der Stadt verantwortlich ist. In einem Exekutivgremium wären die Exekutiv-*

*politiker gewählt, um solche Projekte durchzuführen. Diese Politiker würden sich freuen, die Projekte betreuen zu dürfen. Sie erhielten von den jeweiligen Departementen Unterstützung. In diesem System bräuchte es keinen Projektstab. In der Situation der Stadt ist der Projektstab notwendig. Dies liegt am Aufbau der Stadtverwaltung. Die Stadträte beschränken sich auf ihre Departemente und haben deshalb keine Zeit für die grossen Projekte. Deshalb erfolgte eine Delegation an den Projektstab Stadtrat. Dieser nimmt die Projekte auf und kümmert sich um die Umsetzung. Der Regierungsrat braucht keinen Projektstab.*

**Mauro Tuena (SVP):** *Der Stadtrat wird sagen, dass er sich nicht um alles kümmern kann und deshalb einen Projektstab braucht. Erinnern wir uns doch an das Projekt Örbi. Der Gemeinderat hat das Projekt gestrichen. Vier Stadträte waren bei der Eröffnung des Projekts dabei. Wenn der Stadtrat für solche Angelegenheiten Zeit hat, sich aber für andere Projekte einen Projektstab leistet, dann ist das unverständlich.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** *Der Örbi hat mit dem Projektstab nichts zu tun. Ich möchte an den Ausführungen von Severin Pflüger (FDP) anknüpfen. Wir haben mit der GPK eine intensive Diskussion geführt. Wir waren auch in der Spezialkommission. Der Stadtrat hält den Projektstab Stadtrat für eine schlanke Institution, die zur Führungsunterstützung dient. Es geht nicht um Führung, sondern um Führungsunterstützung in grossen, überdepartementalen Projekten und in Projekten, die in Zusammenarbeit mit Dritten durchgeführt wurden. Wir haben ein Kompetenzzentrum für das Management von Grossprojekten gegründet. Wir haben gemeinsam mit der GPK eine gute Lösung gefunden. Jeder Auftrag, der an den Projektstab Stadtrat vergeben wird, braucht einen Stadtratsbeschluss, der die relevanten Aspekte klärt. Der Projektstab muss regelmässig über den Stand der Projekte berichten, für jedes Projekt ist er einem Stadtrat unterstellt. Bei der Sanierung des Kongresshauses und der Tonhalle ist er beispielsweise Daniel Leupi unterstellt. Wir vermeiden Doppelspurigkeiten, es findet eine intensive Zusammenarbeit mit verschiedenen Dienstabteilungen statt. Es gibt bei komplexen Projekten eine Steuerungsgruppe des Stadtrats, welcher der Projektstab unterstellt ist. Es handelt sich um eine sehr schlanke, effiziente Institution. Es ist immer eine grosse Herausforderung, grosse und überdepartementale Projekte durchzuführen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Ich kann die Ausführungen von Corinne Mauch unterstreichen. Mir unterstehen derzeit verschiedene Projekte, unter anderem der Investorenwettbewerb für das Stadion. Zuständigkeiten sind manchmal zufällig. Es ist nicht realistisch, dass meine Leute sich gleichzeitig um das Stadion und um das Kongresshaus kümmern. Der Projektstab ist eine grosse Unterstützung, er kommt schnell an die relevanten Leute heran. Er kann Menschen vernetzen und zusammenführen. Der Projektstab ist notwendig. Viele Projekte und Anliegen wären ohne den Projektstab Stadtrat nicht realisierbar.*

Weitere Wortmeldung:

**Roger Tognella (FDP):** *Die Energie, die aufgewendet wird, um zu erklären, weshalb der Projektstab Stadtrat notwendig ist, ist erstaunlich. Dies verleitet mich dazu, anzunehmen, dass der Projektstab Stadtrat überprüft werden soll. Die vorgebrachten Argumente sind eher ein Zeichen von Führungsschwäche.*

Saldo	Laufende Rechnung / Saldo				Stimmen
	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		
050. Antrag Stadtrat			1 783 000	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	1 783 000		0	Minderheit	Martin Bürliemann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
Begründung: Auflösung des Projektstabs Stadtrat					

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 22 Stimmen zu.

### Gemeinsame Behandlung der Anträge 051. und 052.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

**Samuel Dubno (GLP):** Es geht um zwei Konten. In der RPK haben wir versucht herauszufinden, wofür das Geld eingesetzt wird. Der Projektstab teilte uns mit, das Geld werde bei ihm nur parkiert und je nach Bedarf an die Dienstabteilungen verteilt. Es wurden verschiedene Projekte im Zusammenhang mit den Legislatorschwerpunkten durchgeführt. Diese Schwerpunkte existieren nicht mehr. Wir wissen nicht, wo das Geld hinfließt. Der Projektstab Stadtrat macht Projekt- und nicht Öffentlichkeitsarbeit. Deshalb sind diese Mittel unnötig.

**Andrea Nüssli (SP):** Es ist problematisch, wenn der Projektstab Stadtrat keine Mittel für die Umsetzung hat. Die Minderheit 2 ist der Ansicht, dass eine moderate Kürzung möglich sein soll.

**Felix Moser (Grüne):** Wir finden es sinnvoll, dass der Projektstab Stadtrat Massnahmen im Zusammenhang mit der Strategie 2035 kommunizieren kann. Dafür braucht es Geld. Diese Informationen sind wichtig.

S. 136 15 PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT  
1561 Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement  
3186 0810 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit den Legislatorschwerpunkten: Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Saldo	Laufende Rechnung / Saldo				Stimmen
	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		
051. Antrag Stadtrat			300 000	Minderheit 1	Felix Moser (Grüne) Referent
	300 000		0	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

200 000 100 000 Minderheit 2 Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: SP: Moderate Kürzung; GLP/SVP/AL/FDP/CVP: Arbeit mit den LSP wurde aufgegeben

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Minderheit 1	(300 000)	14 Stimmen
Antrag Mehrheit	(0)	72 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(100 000)	<u>39 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 052.

Wortmeldungen siehe Antrag 051.

S. 137	15 1561 3186 0820	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit den Legislaturschwerpunkten: Projektumsetzung</b>																				
		<table> <thead> <tr> <th>Verbesserung</th> <th>Verschlechterung</th> <th>Betrag</th> <th>Stimmen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td></td> <td>545 000</td> <td>Minderheit 1</td> </tr> <tr> <td>052. Antrag Stadtrat</td> <td></td> <td>0</td> <td>Mehrheit</td> </tr> <tr> <td></td> <td>545 000</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td>345 000</td> <td>200 000</td> <td>Minderheit 2</td> </tr> </tbody> </table>	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen			545 000	Minderheit 1	052. Antrag Stadtrat		0	Mehrheit		545 000				345 000	200 000	Minderheit 2
Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen																			
		545 000	Minderheit 1																			
052. Antrag Stadtrat		0	Mehrheit																			
	545 000																					
	345 000	200 000	Minderheit 2																			
		<p>Felix Moser (Grüne) Referent Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bülmann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Florian Utz (SP)</p>																				
		Begründung: SP: Moderate Kürzung; GLP/SVP/AL/FDP/CVP: Verzicht auf Ausgaben für LSP																				

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Minderheit 1	(545 000)	14 Stimmen
Antrag Mehrheit	(0)	72 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(200 000)	<u>39 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen

= absolutes Mehr

63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 053.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Wir verlangen eine Kürzung bei den Löhnen des Stadtarchivs um 200 000 Franken. Das Records Management ist aus dem Ruder gelaufen. In den letzten Jahren hat sich eine übermässige Entgegennahme von Archivbeständen entwickelt. Im Jahr 2011 wurden 93 Laufmeter übernommen, 2012 478 Laufmeter, 2013 548 Laufmeter. Man kann die Ausgaben angesichts der Finanzlage durchaus reduzieren.

**Samuel Dubno (GLP):** Wir sind auch bei dieser Dienstabteilung nicht bereit, auf diese Weise Stellen zu streichen.

S. 138	15 1565 3010 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtarchiv Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>053.</b>	Antrag Stadtrat				1 974 000	Mehrheit
			200 000		1 774 000	Minderheit
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Personalkosten reduzieren angesichts Zürcher Finanzlage			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 054.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Samuel Dubno (GLP):** Wir ziehen den Antrag zurück.

S. 139	15 1565 3180 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtarchiv Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen

<b>054.</b>	Antrag Stadtrat	120 000	Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
		20 000	100 000 Mehrheit	Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Zurück auf Budget 2014

Samuel Dubno (GLP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Minderheit zugestimmt.

---

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 30, Beschluss-Nr. 577/2014).

## **E i n g ä n g e**

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

## **K e n n t n i s n a h m e n**

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 12. Dezember 2014, 14.15 Uhr.